



Das Parteiensystem

von Peter Massing

Das Parteiensystem und die Parteiendemokratie in Deutschland galten trotz verschiedener Wandlungsprozesse und Umbrucherscheinungen lange Zeit als sehr stabil. Doch schon die Bundestagswahlen von 2005 markierten den Beginn eines Prozesses der Fragmentierung und Polarisierung, der bis heute anhält und sich weiter verstärkt. Besonders die zunehmende Polarisierung führte dazu, dass manche Beobachter*innen eine tiefgreifende Krise des Parteiensystems befürchteten und sogar das Ende der Parteiendemokratie prognostizierten. Die WOCHENSCHAU lädt Schüler*innen dazu ein, sich mit der Entwicklung des Parteiensystems und der Zukunft der Parteiendemokratie auseinanderzusetzen. Nach einer Sachanalyse zum Parteiensystem folgen methodisch-didaktische Hinweise zu den Inhalten des Hefts sowie Literaturhinweise zur politikwissenschaftlichen Grundlage.

Ihre **Abo-Vorteile** der WOCHENSCHAU



1. Die **WOCHENSCHAU**-Hefte: aktueller als jedes Schulbuch

Mit dem WOCHENSCHAU-Abo erhalten Sie in kurzer Zeit ein Set zu allen lehrplanrelevanten Themen des Politik- und Ökonomieunterrichts. Setzen Sie die Hefte als komplette Unterrichtseinheiten oder in Ergänzung zum Schulbuch zur Gestaltung einzelner Unterrichtsstunden ein. Profitieren Sie von auf den Unterricht zugeschnittenen Materialien mit zentraler Problem- oder Fragestellung, motivierenden Einstiegen, aktuellem Datenmaterial, vielfältigen Schaubildern und präzisen Informationen. Arbeitsblätter, Kopiervorlagen, methodische Anregungen und Aufgaben liefert die WOCHENSCHAU für die praktische Umsetzung gleich mit!

2. **WOCHENSCHAU Digital**

Zusätzlich zu Ihrem gedruckten Exemplar erhalten Sie die WOCHENSCHAU Digital als interaktives PDF für die digitale Nutzung. Diese birgt zahlreiche interaktive Elemente: Verlinkungen zu Vorlagen, Lösungen oder Begriffserläuterungen sowie Möglichkeiten zur direkten Bearbeitung.

3. **Methodik** zu jedem Heft

Auf WOCHENSCHAU-Online erhalten Sie die methodischen und didaktischen Hinweise zu jedem Heft.

4. Exklusives **Zusatzmaterial**

Auf WOCHENSCHAU-Online stehen zahlreiche digitale Zusatzmaterialien zu jedem Heft bereit, darunter binnendifferenziertes Material, Arbeitsblätter, Methodentipps, Erwartungshorizonte und ergänzendes Material.

5. Die jährliche **WOCHENSCHAU-Sonderausgabe**

Mit der jährlich erscheinenden Sonderausgabe bilden Sie sich fachlich und didaktisch fort und sind für den Politikunterricht bestens gewappnet.

Sachanalyse

Die Parteiendemokratie

Hängen Demokratie und Parteien eng zusammen? Ist eine Demokratie ohne Parteien denkbar? Diese Fragen hat der Staatsrechtler Hans Kelsen schon zu Beginn der Weimarer Republik eindeutig beantwortet. In seiner Schrift „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ schreibt er, die Demokratie müsse „notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat sein“. In einer pluralistischen Gesellschaft ohne einheitlichen Volkswillen seien legitime Entscheidungsprozesse nur mithilfe von Parteien möglich. Die Notwendigkeit der Parteien wird ebenfalls im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 21 Abs. 1 Satz 1 GG betont. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“

Damit werden Parteien als notwendige Institutionen einer pluralistischen Demokratie anerkannt und zugleich zur Einhaltung demokratischer Prinzipien im Inneren verpflichtet. Es ist Aufgabe der Parteien, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Damit hebt das Grundgesetz die Parteien in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution. Sie bilden die Zwischenglieder zwischen den Bürgern und dem Staat.

Art. 20 GG lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Dieser Grundsatz legt das Fundament, auf dem die Legitimation der Parteien als Teil der demokratischen Willensbildung ruht. Eine Reihe weiterer Grundgesetzartikel betrifft die Parteien. So zum Beispiel Art. 3 Abs. 1, Abs. 12 – Gleichheitssatz: Er ist die Grundlage der verfassungsrechtlich festgelegten Parteigleichheit im politischen Wettbewerb. Oder Artikel 38 Abs. 1 GG – Wahlrechtsgrundsätze: Dieser Artikel schützt die freie, gleiche und geheime Wahl. Zusammen mit Art. 21 GG bildet er das Kernstück des repräsentativen, parteienbasierten Wahlsystems. Außerdem Artikel 9 GG – Vereinigungsfreiheit. Er schützt auch die Gründung und die Betätigung politischer Vereinigungen, worauf Art. 21 GG als spezifischere Norm aufbaut.

Diese Artikel bilden zusammen den verfassungsrechtlichen Rahmen des deutschen Parteiensystems. Sie sichern die Parteienfreiheit, die Chancengleichheit, die Rechenschaftspflicht und den Schutz der demokratischen Ordnung. In Art. 21 GG wird bereits darauf verwiesen, dass das Nähere im Zusammenhang mit den Parteien durch „Bundesgesetze“ geregelt wird. Dennoch dauerte es bis 1967 und zahlreiche Diskussionen, bis ein Parteiengesetz vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Das Gesetz sollte die demokratische Ordnung schützen, Transparenz gewährleisten und die innere Ordnung der Parteien, insbesondere bei der Wahl ihrer Kandidaten und der Finanzierung, regeln.

Nach dem Parteiengesetz (PartG) sind politische Parteien Vereinigungen von Bürgern, die dauerhaft oder für längere Zeit auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen.

Nach § 2 Abs. 1 PartG muss eine Partei nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse ausreichend Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten. Maßgebend hierfür sind insbesondere folgende Kriterien:

- Umfang und die Festigkeit der Organisation
- Zahl der Mitglieder
- Hervortreten in der Öffentlichkeit

Danach sind zum Beispiel Vereinigungen, die sich nur auf kommunaler Ebene politisch betätigen wollen, keine Parteien. Gleiches gilt für Vereinigungen, die sich vorübergehend zur Durchsetzung eines konkreten Ziels gebildet haben.

Aufgaben der Parteien

Das Parteiengesetz (§ 1 Absatz 2 PartG) zählt im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Aufgabe der Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes die Tätigkeiten der Parteien auf. Dazu gehören:

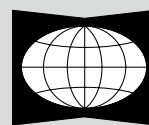
1. Parteien nehmen Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung.
2. Parteien fördern die Teilnahme von Bürgern am politischen Leben.
3. Parteien sollen zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranziehen.
4. Parteien beteiligen sich an Wahlen im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden durch die Aufstellung von Bewerber*innen.
5. Parteien nehmen auf die politische Entwicklung im Parlament und in der Regierung Einfluss.
6. Parteien sorgen für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen.

Das Parteiensystem analysieren

Parteien und Parteiensysteme bilden zwei unterschiedliche Analyseebenen. Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen das Parteiensystem, seine Entwicklung, seine Veränderungen sowie seine aktuellen Herausforderungen in Deutschland. Oskar Niedermayer, einer der wichtigsten Parteienforscher in Deutschland, versteht unter einem Parteiensystem die Gesamtheit der Parteien in einem politischen System, deren Beziehungsgeflecht sowie deren regelmäßigen Wechselbeziehungen. Das Parteiensystem ist ein Teilsystem des gesamten politischen Systems und damit von dessen Institutionen abhängig; das heißt, die Strukturen des Parteiensystems werden wesentlich vom institutionellen Gesamtgefüge des politischen Systems mitbestimmt. Besonders hervorzuheben sind die Form des Parlamentarismus und das Wahlsystem, deren konkrete Ausgestaltung unmittelbaren Einfluss auf die Struktur des Parteiensystems hat. Die verschiedenen Eigenschaften des Parteiensystems unterteilt Niedermayer in Struktur (Format, Fragmentierung, Asymmetrie, Volatilität) sowie Inhalt (Polarisierung, Segmentierung, Koalitionsstabilität). Außerdem unterscheidet er zwischen der elektoralen und der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene (vgl. Niedermayer 2017).

Das **Format** bezeichnet die Anzahl der politischen Parteien, die an der politischen Willensbildung in einem politischen System beteiligt sind. Dabei unterscheidet man das elektorale Format, das alle Parteien umfasst, die an den Wahlen teilnehmen, und das parlamentarische Format, das sich auf die im Parlament vertretenen Parteien bezieht.

Die **Fragmentierung** beschreibt den Grad der Zersplitterung eines Parteiensystems, gemessen an der Anzahl und der relativen Größe der Parteien. Sie zeigt an, ob sich die Wählerstimmen auf wenige große oder viele kleinere Parteien verteilen.



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

ERGÄNZENDE HEFTE



Sekundarstufe II
Best.-Nr. 2424, 24 S., € 19,90



Sekundarstufe I
Best.-Nr. 1223, 40 S., € 19,90



Sekundarstufe II
Best.-Nr. 2322, 40 S., € 19,90





Die **Dominanz** bezeichnet das Übergewicht einer Partei oder Parteiengruppe innerhalb des Systems – gemessen an Stimmen- und Mandatsanteilen sowie an ihrer Regierungsbeteiligung über längere Zeiträume hinweg.

Asymmetrie bezeichnet die Ungleichheit zwischen den größten Parteien eines Systems. Sie drückt das Verhältnis ihrer Stimmen- oder Mandatsanteile aus.

Pluralisierung bedeutet, dass die Zahl der Koalitions- und Regierungsformate zugenommen hat. Dies ist in Deutschland vor allem seit den achtziger Jahren der Fall. Existierten in der Hochzeit der Stabilität des deutschen Parteiensystems zwischen 1972 und 1977 gerade einmal drei verschiedene Koalitionstypen, so waren es zwischen 1990 und 2019 bereits 13.

Volatilität misst den Wandel und die Stabilität eines Parteiensystems. Die Messgröße ist die Wählerpräferenz zwischen zwei aufeinanderfolgenden Wahlen.

Polarisierung ist ein inhaltliches Merkmal des Parteiensystems und beschreibt die ideologisch-programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien sowie die daraus resultierenden Konfliktlinien in der politischen Auseinandersetzung.

Segmentierung ist eine weitere inhaltliche Eigenschaft des Parteiensystems, die die gegenseitige Abschottung zwischen den Parteien und ihren jeweiligen Wähler*innen zeigt und deutlich macht, wie hoch dieser Grad ist. Auf der parlamentarischen Ebene sind extrem segmentierte Parteiensysteme dadurch gekennzeichnet, dass die Parteien untereinander nicht koalitionswillig sind.

Phasen der Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland

Über Jahrzehnte wurde das deutsche Parteiensystem als „Hort der Stabilität“ (Niedermayer) beschrieben, an dem viele gesellschaftliche Transformationsprozesse nahezu spurlos vorbeigegangen sind. Gleichzeitig hat das deutsche Parteiensystem seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen.

Mithilfe der oben genannten Analyse Kriterien beschreibt Oskar Niedermayer die historische Entwicklung des deutschen Parteiensystems.

Die Neuformierungsphase

Die erste Wieder- bzw. die Neugründung von Parteien erfolgte in der sowjetischen Besatzungszone. Der dortige Parteienpluralismus wurde jedoch sehr schnell in Richtung der SED-Dominanz überführt. In den Westzonen knüpften die wiedergegründeten Parteien SPD und KPD programmatisch und organisatorisch an die Parteien der Weimarer Republik an, während die Liberalen durch die Gründung der FDP ihre traditionelle Spaltung überwinden. Die wichtigsten Neugründungen waren die CDU und, in Bayern, die CSU, die sich im Gegensatz zum Zentrum der Weimarer Republik als interkonfessionell-christliche Parteien verstanden. Daneben bildeten sich eine Reihe rechter Splittergruppen, bürgerlicher Regionalparteien sowie sonstiger Kleinparteien. Diese Fragmentierung war bei der ersten Bundestagswahl noch relativ hoch, obwohl sich die Dominanz der CDU/CSU und der SPD bereits abzeichnete. Das Parteiensystem der Bundesrepublik war also von Anfang an durch eine Zweiparteien-dominanz geprägt.

Die Konsolidierungsphase bzw. Konzentrationsphase der 1950er Jahre

Diese Phase war von einem Konsolidierungsprozess der Zweiparteiendominanz geprägt. Gleichzeitig zeigte sich ein Rückgang der Fragmentierung und eine Asymmetrie zugunsten der Union. Des Weiteren verringerte sich die Zahl der parlamentarisch vertretenen Parteien und gegen Ende der fünfziger Jahre ging die Polarisierung zurück.

Das Dreiparteiensystem der sechziger und siebziger Jahre

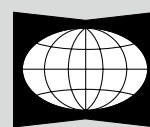
Die Konsolidierungsphase des deutschen Parteiensystems in den 1960er- und 1970er-Jahren gilt als die stabilste Periode der bundesdeutschen Parteigeschichte. Nach einer Phase der Konzentration und Institutionalisierung in den 1950er Jahren festigte sich ein weitgehend geschlossenes Dreiparteiensystem aus CDU/CSU, SPD und FDP, das mehr als zwei Jahrzehnte Bestand hatte. Dieses wurde weitgehend durch zwei Konfliktlinien geprägt: die sozial-ökonomische Dimension (SPD gegen CDU/CSU und FDP) und die Unterscheidung zwischen traditionell-religiöser und individuell-säkularer Wertorientierung (CDU/CSU gegen SPD und FDP). Sowohl die SPD als auch die Union verstanden sich dabei als Volksparteien und waren bestrebt, möglichst viele Bürger*innen mit ihren Programmen anzusprechen und in ihre Politik einzubinden. Machtwechsel kamen in dieser Formation nur durch wechselnde Koalitionen mit der FDP zustande – sie spielten also eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung.

Die Puralisierungsphase der achtziger Jahre

In den achtziger Jahren zeigten sich Erosionserscheinungen an dieser Grundstruktur. Es handelte sich jedoch nicht um eine Transformation des Parteiensystems in einen neuen Typus, sondern um relativ moderate Veränderungen in Form einer Pluralisierung. Das heißt, eine Erhöhung der Vielfalt im System, die durch die Anzahl, die Größenverhältnisse und die inhaltlichen Positionen der relevanten Parteien bestimmt wird. Die Erosionserscheinungen betrafen vor allem die beiden Großparteien. Mit der Gründung der Partei Die Grünen im Jahr 1980 und ihrem erstmaligen Einzug in den Bundestag 1983 wurde das bisher stabile „Dreiparteiensystem“ aufgebrochen. Die Grünen etablierten sich als Bewegungspartei, hervorgegangen aus der Umwelt-, Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung, und brachten neue Themen wie Ökologie, Basisdemokratie und Gleichberechtigung in die Politik ein. Damit begann eine strukturelle Erweiterung des Parteiensystems, das sich zunehmend pluralisierte.

Die Transformationsphase von 1980 bis 1998

Die Pluralisierungsphase des deutschen Parteiensystems in den 1980er Jahren markierte einen deutlichen Übergang von der vorherigen Konsolidierungsperiode mit drei dominanten Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) hin zu einer vielfältigeren, politisch breit aufgestellten Landschaft. Der Beginn dieser Transformationsphase war durch die Wende von 1982 geprägt: Die sozialliberale Koalition (SPD/FDP) zerbrach, und mit Helmut Kohl begann die Ära der christlich-liberalen Regierung. Die Dominanz der Volksparteien nahm kontinuierlich ab. In dieser Phase wurde die Bundesrepublik mit der Wende in der DDR konfrontiert, in der sich vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 ein pluralistisch-demokra-



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITISCHES SACHBUCH



von Hans Oberberger
 ISBN 978-3-7344-1778-8, 144 S., € 16,90
 PDF: ISBN 978-3-7566-1778-4, € 15,99



von Andreas Gran
 ISBN 978-3-7344-1738-2, 136 S., € 19,90
 PDF: ISBN 978-3-7566-1738-8, € 18,99



von Gerhard Tulodziecki
 ISBN 978-3-7344-1771-9, 192 S., € 22,00
 PDF: ISBN 978-3-7566-1771-5, € 21,99





tisches Parteiensystem herausbildete. Durch das Hinzukommen des „DDR-Parteiensystems“ im Rahmen der Vereinigung wandelte sich das alte westdeutsche Dreiparteiensystem zu einem neuen gesamtdeutschen Fünfparteiensystem unter Einschluss der Union, SPD, FDP, PDS sowie Bündnis 90/Die Grünen. Es kam zu einem weiteren Fragmentierungs- und Segmentierungsschub durch die PDS, die zunächst selbst nicht koalieren wollte, aber auch als nicht koalitionsfähig angesehen wurde.

Die Aufbruchphase von 1998 bis 2005

Mit dem ersten kompletten Machtwechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün markierte die Bundestagswahl von 1998 ein Signal für den Aufbruch in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zum ersten Mal konnten die Parteien links der Mitte mehr als 50 % der Stimmen auf sich vereinen. Das Parteiensystem in dieser Zeit war durch Konsolidierung und neue Lagerbildung geprägt. SPD und Grüne etablierten sich als Mitte-Links-Koalition, während CDU/CSU und FDP zunächst eine programmatische Neuorientierung durchliefen. Die PDS (später Linkspartei) stabilisierte sich in Ostdeutschland und legte damit den Grundstein für die spätere Fusion mit der WASG zur Partei Die Linke. Die Aufbruchphase 1998–2005 war mehr als eine Regierungszeit; sie war eine Übergangsperiode. Sie markierte zugleich den Beginn einer neuen politischen Fragmentierung: Die SPD verlor in der Folge dauerhaft ihre Rolle als dominante Volkspartei, während sich neue Wähler*innenbindungen und sozialpolitische Konfliktlinien herausbildeten.

Die Fragmentierungsphase von 2005 bis heute

Spätestens seit 2005 traten die Symptome der Krise der Volksparteien deutlich hervor. Sie führte zu einer zunehmenden Aufsplitterung des Parteienwettbewerbs und zum schleichenden Niedergang der traditionellen Volksparteien CDU/CSU und SPD. Während diese in den 1970er Jahren noch über 90 % der Zweitstimmen erzielten, sank ihr Anteil bei der Bundestagswahl 2025 auf einen historischen Tiefstand von unter 45 %. Die Fragmentierung zeigt sich sowohl auf der elektoralen als auch auf der parlamentarischen Ebene: Es sind immer mehr Parteien relevant, und die Anteile verteilen sich immer kleinteiliger. Wichtige Etappen waren der Einzug neuer Parteien wie der AfD ab 2017, die sich vor allem als rechtsradikale und rechtspopulistische Kraft etablierte, sowie die Konsolidierung der Linkspartei (ehemals PDS und WASG) und der anhaltende Einfluss der Grünen als Partei der mittleren Schichten. Die FDP schwankt häufig um die Fünf-Prozent-Hürde, was die parlamentarische Lage weiter fragmentiert und Koalitionsbildungen erschwert. Segmentierung, also die Einschränkung politisch machbarer Koalitionen, nimmt zu. Nach der Bundestagswahl 2025 gab es faktisch nur eine mehrheitsfähige Koalition: CDU/CSU mit SPD. Das geringere Vertrauen in die Parteien und ins demokratische System insgesamt, zusammen mit der wachsenden Polarisierung, spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Wahlforschung wider. Die politische Landschaft ist heterogener und polarisierter, mit einer wachsenden Distanz zwischen den verschiedenen Wähler*innensegmenten, was die politische Stabilität und Handlungsfähigkeit beeinträchtigt. Vor allem die AfD ist für die zunehmende Polarisierung des Parteienwettbewerbs verantwortlich. Sie hat auch dazu beigetragen, dass die Segmentierung gestiegen ist, das heißt, die Koalitionskonstellationen haben sich verändert. Koalitionen sind oft heterogen und instabil, Regierungsbildungen werden zunehmend komplizierter.

WOCHENSCHAU Digital
interaktiv mit Lösungen und
Erwartungshorizonten
Im Abo kostenlos dazu!

Intention und Anlage des Heftes

Parteien und Parteiensystem

Parteien sind intermediäre Organisationen zwischen dem politisch-administrativen System und der Gesellschaft. Sie nehmen divergierende Interessen aus der Gesellschaft auf, bündeln und organisieren sie und führen sie dem politischen Entscheidungsprozess zu. Der Wandel der Parteien, die Entstehung neuer Parteien, ihr Verhältnis zueinander sowie ihre Ergebnisse bei Wahlen prägen das Parteiensystem und das politische System. Das jeweilige Parteiensystem ist zudem mitverantwortlich für die institutionelle Ordnung und die Qualität der Demokratie.

Die Schüler*innen können ...

- die Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung des deutschen Parteiensystems erläutern.
- die Gründe für die Polarisierung im Parteiensystem formulieren.

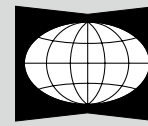
Wahlen, Parteien und Parteiensystem auf verschiedenen Ebenen

„Die Landtagswahlen 2024: Auf dem Weg zu einem neuen Parteiensystem?“ und
„Unterschiedliche Herkunft – gleiche Entwicklung? Parteien und Parteiensystem in Ost und West“

Auf Grundlage des Tatbestands, dass die Einwicklungen des Parteiensystems sich auf drei Ebenen, der Ebene der Länder, des Bundes und der Kommunen (die europäische Ebene wird hier ausgespart; vgl. dazu das WOCHENSCHAU-Heft „Das Parteiensystem“ aus dem Januar 2020) vollziehen und die Ebene der Länder von besonderer Bedeutung ist, beginnt das Heft mit der Länderebene. Hierfür werden die drei Landtagswahlen aus dem Herbst 2024 analysiert. Zwar unterscheidet sich die Ausgangslage der einzelnen Länder, dennoch wurden bereits im Wahlkampf ähnliche Befürchtungen deutlich. Diskutiert wurden vor allem mögliche Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung sowie die Gefährdung der Demokratie.

Die Schüler*innen können ...

- anhand der Analysen der drei Landtagswahlen Entwicklungstrends beschreiben und zentrale Veränderungen im Parteiensystem beurteilen.
- die Veränderungen im Parteiensystem hinsichtlich der Stabilität der Demokratie prüfen und zusammenfassen.
- die Beweggründe für die Attraktivität der Alternative für Deutschland (AfD) bei jungen Wählern analysieren und einer kritischen Bewertung unterziehen.

**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

WOCHENSCHAU SEK. II**WOCHENSCHAU**

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

VERTIEFUNGSHFT
SEKUNDARSTUFE II**Wehrpflicht**Zusatzheft
aufgrund der
Aktualität

Sekundarstufe II, Vertiefungsheft

Best.-Nr. 26e, 16 S., € 19,90

PDF: ISBN 978-3-7566-0154-7, € 18,99

Erscheint im April 2026

Der Neue Wehrdienst ist ab dem 1.1.2026 eingeführt. Er beinhaltet die verpflichtende Musterung aller Männer ab 18 Jahren und einen freiwilligen sechsmonatigen Wehrdienst. Wenn sich allerdings nicht genug Personen verpflichten, greift ab einem bestimmten Punkt die im Grundgesetz verankerte Wehrpflicht. Diese WOCHENSCHAU stärkt Schüler*innen in ihrer Urteils- und Handlungskompetenz zum Thema Wehrpflicht. Dafür erfolgt eine Analyse des politischen Prozesses, eine Betrachtung möglicher Optionen und eine Reflexion zu Aufrüstung als politisches Mittel.





- die Ursachen für die Veränderungen im Parteiensystem in Ostdeutschland herausarbeiten und ihre Folgen für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt überprüfen.
- Hypothesen entwickeln zu der These „die politische Situation im Osten sei ein Vorbote der Probleme im Westen“.

„Die kommunale Ebene: Direkt und ohne Parteien?“

Die Ebene der Gemeinden ist für die Entwicklung des Parteiensystems von besonderer Bedeutung. Zum einen zeigen sich die Probleme des Parteiensystems der Länder und des Bundes auch auf kommunaler Ebene, zum anderen gibt es erhebliche Unterschiede. Auf der kommunalen Ebene spricht die Politikwissenschaft von einer „Frikasierung“ des Parteiensystems. Damit ist eine fortschreitende Zersplitterung und Fragmentierung der Parteienlandschaft gemeint, zulasten der großen, etablierten demokratischen Volksparteien. Diese Entwicklung führt zu einer hohen Zahl kleinerer Parteien und parteiungebundener Wählervereinigungen. Das System der Willensbildung und Entscheidung wird einerseits unübersichtlicher und instabiler. Andererseits entstehen neue Kooperationsformen zwischen ehemaligen Konkurrenten, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Auch die Parteizugehörigkeit tritt in den Hintergrund, und die Kandidaten werden wichtiger. Die Politik auf der kommunalen Ebene wird zunehmend „parteienblind“ und personenorientiert. Eine Parteienbindung der Kandidat*innen scheint sogar die Aussichten auf einen Wahlerfolg zu beeinträchtigen. Ob diese Politik ohne Parteien auch auf anderen Ebenen funktioniert, muss offenbleiben.

Die Schüler*innen können ...

- beschreiben, wie sich die Entwicklungen im Parteiensystem in den Kommunen zeigen.
- Unterschiede zur Landesebene überprüfen und erläutern.
- beurteilen, ob die Situation in den Gemeinden auch als Vorbild für die anderen Ebenen dienen kann.

„Die Bundestagswahl: Ende des bekannten Parteiensystems?“

Unterschiedliche Umfragen, die vor der Bundestagswahl Woche für Woche durchgeführt wurden, führten zu großer Verunsicherung bei den Parteien der Mitte. Hinzu kam eine angesichts der raschen Entwicklung nach dem Zerschlagen der Ampel ungewöhnliche Konstanz der Zahlen.

Was die Landtagswahlen im Osten schon zeigten, zeigt sich auch bei den Bundestagswahlen. Ein deutlicher Unterschied im Wahlverhalten zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen Bevölkerung. Besonders deutlich war er im Abschneiden der AfD, einer als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei. Während die AfD im Westen auf 18 Prozent (+10) stieg, erreichte sie im Osten 32 Prozent (+13 Prozentpunkte) und war damit die stärkste Kraft in den ostdeutschen Bundesländern.

Die Schüler*innen können ...

- anhand des Bundestagswahlergebnisses die These begründen: „Die Fragmentierung des Parteiensystems in Deutschland schreitet voran.“
- die These empirisch nachvollziehbar begründen: „Die Mitte schrumpft, die Ränder werden stärker.“
- die Entwicklung des Parteiensystems für die Stabilität der Demokratie erläutern.
- unterschiedliche Argumente für die These formulieren: „Das deutsche Parteiensystem ist durch einen polarisierten Pluralismus gekennzeichnet.“
- die Fragmentierung und Segmentierung des deutschen Parteiensystems erläutern.
- die Gründe für die Polarisierung im Parteiensystem formulieren.
- Die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Regierungsbildung erläutern.

Wer spricht mit wem? Herausforderungen des Parteiensystems

Ein wichtiger Aspekt der Parteien untereinander und zur Gesellschaft ist ihr Kommunikationsverhalten. Wer nutzt welche Medien und welche Rolle spielen Social Media? Sind die zunehmende Bedeutung von Social Media eher eine Gefahr oder eine Chance für die Parteien, und welchen Einfluss hat dies auf die Demokratie?

Die Schüler*innen können ...

- die Auswirkungen unterschiedlicher Mediennutzung der Parteien beschreiben und deren Auswirkungen auf ihre Rolle im Parteiensystem beurteilen.
- Hypothesen über die Auswirkungen der unterschiedlichen Präsenz der Parteien auf Social Media, insbesondere auf das Verhältnis der Parteien zur Jugend, formulieren.

Parteien ohne System, System ohne Parteien?

Die These von der Krise des Parteiensystems in Deutschland hat offensichtlich auch in der Politikwissenschaft an Plausibilität gewonnen. Weniger Akzeptanz finden allerdings Aussagen, die die Notwendigkeit von Parteien und deren Zukunft prinzipiell infrage stellen. Nach wie vor haben Parteien eine wichtige Funktion in der Demokratie, auch wenn die zunehmende Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems die Stabilität der Demokratie gefährden könnten.

Die Schüler*innen können ...

- Krisensymptome der Parteien und des Parteiensystems nennen und die Folgen für die Funktion des Parteiensystems sowie für die Stabilität der Demokratie prüfen.
- Argumente zur Zukunft der Parteien und des Parteiensystems nennen und deren Plausibilität prüfen.
- eine Podiumsdiskussion zu der Frage vorbereiten und durchführen, ob wir noch Parteien brauchen.

Literatur

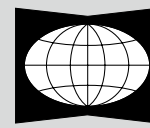
Oskar Niedermayer: *Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems*. In: Frank Decker/Viola Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2017 (2. Aufl.), S. 115 ff.

Ulrich von Alemann u. a. (Hg.): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden 2018 (5. aktualisierte und überarbeitete Aufl.), S. 52 ff.

Verena Teuber: *Entwicklung des Parteiensystems der BRD, 2021* (<https://polit-x.de/de/resources/86/entwicklung-des-parteiensystems-der-brd> – Zugriff vom 9.1.2026).

L. Constantin Wurthmann und J. Philipp Thomeczek: *Analyse: Umbrüche im Parteiensystem – eine (neue) populistische Herausforderung? Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung*, 2025.

Für die letzte Entwicklungsphase des Parteiensystems insbesondere: Uwe Jun: *Volksparteien ohne Volk. Politikum 4/2022*, S. 22–32.

**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITIK UNTERRICHTEN



von Michael May und Marc Partetzke
ISBN 978-3-8252-6045-3, 224 S., € 24,90
PDF: ISBN 978-3-8385-6045-8, € 23,99

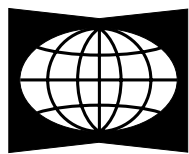


von Simon Drescher und Tim Wagner
ISBN 978-3-7344-1754-2, 144 S., € 19,90
PDF: ISBN 978-3-7566-1754-8, € 18,99
mit umfangreichem Downloadmaterial



hrsg. von Hubertus Buchstein, Kerstin Pohl und Rieke Trimcev
ISBN 978-3-7344-1239-4, 388 S., € 22,90
PDF: ISBN 978-3-7344-1240-0, € 21,99





WOCHENSCHAU

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

Noch kein Abo?
Jetzt **zum halben**
Preis testen!
wochenschau-online.de



Jahrgang 2026



Sek. I, Februar 2026
Best.-Nr. 1126, 24 S., € 19,90



Sek. I, April 2026
Best.-Nr. 1226, 32 S., € 19,90



Sek. I, Juni 2026
Best.-Nr. 1326, 40 S., € 19,90



Sek. I, Oktober 2026
Best.-Nr. 1426, 24 S., € 19,90



Sek. I, Dezember 2026
Best.-Nr. 1526, 40 S., € 19,90



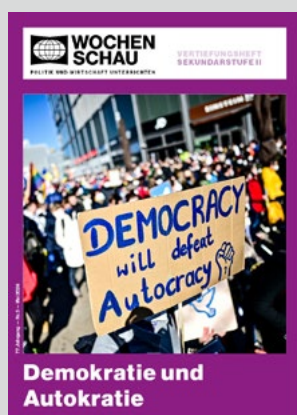
Sek. II, Januar 2027
Best.-Nr. 2126, 24 S., € 19,90



Sek. II, März 2027
Best.-Nr. 2226, 40 S., € 19,90



Sek. II, April 2027
Best.-Nr. 26e, 16 S., € 19,90



Sek. II, Mai 2027
Best.-Nr. 2326, 24 S., € 19,90



Sek. II, September 2027
Best.-Nr. 2426, 40 S., € 19,90



Sek. II, November 2027
Best.-Nr. 2526, 32 S., € 19,90



Sonderausg. Sek. I+II, Juli 2027
Best.-Nr. 26s, € 29,90



www.wochenschau-verlag.de